

Volks-Zeitung

Mit „Unterhaltungs-Blatt“

Moden-Zeitung
Film-Zeitung
Techn.-Zeitung



Sport-Zeitung
Haus u. Garten-Ztg.
Witzblatt „ULK“

2 MAL TÄGLICH = 60 PFG. WÖCHENTLICH



Neuartige Gummirettungsboote für die Lloyd-Schnell-dampfer



Ein Welt von Oel-türmen bei Long Beach in Kalifornien

Landtag für Braun - Kabinett Chautemps mit Daladier - Volksparteiler gegen Curtius

Schobers Besuch

WIEN, 21. Februar. Bundeskanzler Dr. Schober ist heute um 6 Uhr 2 Minuten abends nach Berlin abgereist. Der deutsche Gesandte in Wien, Graf Lerchenfeld, nimmt an der Reise als Gast des Bundeskanzlers teil.

M.-H. Der Besuch des österreichischen Bundeskanzlers, der heute in der Reichshauptstadt ankommt, gilt nicht dem formalen und dekorativen Austausch nachbarlicher Höflichkeit. Unser Volk, das die pompösen Empfänge ausländischer Potentaten zu Wilhelms Zeiten erlebt hat, deren geminter Gefühlsüberschwang ohne tatsächlichen Einfluss auf den Gang der Politik blieb, sieht sich solche Reisonkel Amanullah hat dafür gesorgt, dass diese Skepsis sich noch verstärkt. Man würde aber der Bedeutung des heutigen Wiener Besuches nicht gerecht werden, wenn man auch ihn mit einem kühlen Lächeln abtäte: Nun ja, er muss eben seine Antrittsvisite absolvieren! Wenn vielmehr einem Besuche ernste Bedeutung zukommt, so ist es der leitenden Staatsmannes der österreichischen Nachbarrepublik.

Die Persönlichkeit des Bundeskanzlers Schober hat im Laufe der Jahre in der Öffentlichkeit eine sehr unterschiedliche Beurteilung gefunden. Während er früher von der österreichischen Sozialdemokratie in seiner Tätigkeit als Wiener Polizeipräsident mit wenig liebevollen Titeln bedacht wurde, und während er noch bei seinem Amtsantritt als Bundeskanzler manchem erleuchteten Stammtischpolitiker nur als ordentlicher Kanzleidirektor galt, hat sich die Meinung über ihn in den letzten Monaten mindestens insofern erheblich gewandelt, als seine Glättung des Heimwehrkonflikts, sein sicheres Auftreten im Haag und der Abschluss des „Freundschaftsvertrages“ mit Italien jedenfalls erkennen liessen, dass man es mit einer Persönlichkeit von bemerkenswerter Aktivität zu tun hat. Ob die Ziele, auf die diese Aktivität gerichtet ist, für Oesterreich oder für das gesamte deutsche Interesse unumstritten dienlich sind, das vermag man natürlich heute noch nicht endgültig zu übersehen und zu entscheiden.

Die Reise Schobers nach Rom und der Vertragsabschluss mit Mussolini haben da und dort die ängstliche Frage laut werden lassen, ob sich die österreichische Politik etwa von der Anschlusslinie lossagen wolle. Man wird aber in Ruhe feststellen dürfen, dass die Tatsachen solchen Sorgen keinen Vorschub leisten. Bundeskanzler Schober hat sich selbst mit Entschiedenheit dagegen gewandt, das jemand seine „Liebe zum deutschen Volke“ bezweifeln. Er unterscheidet sich damit vorteilhaft und wohlthuend von dem Nur-Oesterreicher Seipel und von dem mussolinisierten Heimwehrdoktor Steidle, der bekanntlich gegenüber dem Franzosen Sauerwein alle Anschlusswünsche verleugnet hat und sich nachträglich mit diplomatischer Pfiffigkeit herausreden mochte. Durch diesen Verrat der Heimwehren an dem Einigungsstreben des deutschen Volkes ist wohl in erster Linie diese gewisse Nervosität in den anschlussfreundlichen Kreisen entstanden. Doch die Abfuhr Steidles selbst in seinen eigenen Heimwehrkreisen und das Bekenntnis Schobers zu Deutschland wiegen schwerer. Wenn Schobers Politik dem kleinen Oesterreich Selbständigkeit und Ruhe nach allen Seiten hin zu sichern bestrebt ist, so wird das nicht nur der Oesterreicher gutheissen, sondern auch der Reichsdeutsche wird diesem Streben seine frohliche Zu-

Will das Zentrum die Kabinettskrise?

Schwierigkeiten mit dem Polenabkommen - Reichsbahngesetz im Ausschuss angenommen

In den vereinigten Reichstagsausschüssen für die Durchberatung des Young-Plans wurde am Freitag über das Reichsbahngesetz weiter verhandelt.

In der Abstimmung wurden Anträge des Abg. Quast abgelehnt, die in der Eingangsformel bei dem Reichsbahngesetz die Anerkennung des verfassungsändernden Charakters verlangten und im Artikel I die Bestimmung eingefügt haben wollten, dass die Reparationssteuer aus den Betriebsüberschüssen der Gesellschaft zu leisten ist. Angenommen wurde eine Resolution des Abg. Heinig (Soz.), worin die Reichsregierung ersucht wird, die Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahngesellschaft durch Abmachungen zu verpflichten, bei der Prüfung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung gemäss § 30 des Reichsbahngesetzes dem mit der Prüfung betrauten Organ die Unterlagen zur Verfügung zu stellen, die dieses für erforderlich erachtet, um einen ausreichenden Überblick über die Wirtschaftsführung der Deutschen Reichsbahngesellschaft zu erlangen.

Alsdann wurde auch

das Reichsbahngesetz von der Mehrheit des Ausschusses angenommen.

Einzelne Fragen, die nicht direkt mit dem Young-Plan zusammenhängen, aber auch im Zusammenhang mit dem Reichsbahn-

gesetz zu behandeln sind, werden noch den Verkehrsausschuss des Reichstags beschäftigen. Nunmehr folgte die

Fortsetzung der Aussprache über die Sanktionen.

Saargebiet usw., die vom Ausschuss für vertraulich erklärt worden ist. Reichsaussenminister Dri Curtius eröffnete diese Aussprache mit längeren Darlegungen.

Die Beratungen sollen heute vormittag fortgesetzt werden. Die Stimmung zugunsten einer Abtrennung der Entscheidung über das polnische Abkommen von der über den Young-Plan ist in einzelnen Parteien, besonders beim Zentrum, noch immer erheblich. Der Kabinettsbeschluss vom Donnerstag lässt aber keine Missdeutung zu: Wenn die Parteien dem Kabinett in dieser Frage die Gefolgschaft versagen, so ist die Kabinettskrise da. Man wird nicht annehmen dürfen, dass dem Zentrum diese Zusammenhänge unklar sind. Wenn es also an seiner Opposition gegen die Verbindung von Young-Abstimmung und Polen-Abkommen festhalten sollte, so müsste der Schluss naheliegen, dass es die Krise will. Hat es vielleicht das Rezept für eine neue Koalition in der Tasche?

stimmung nicht versagen. Der zukünftigen Verwirklichung des Anschlusses wird der Weg damit nicht verbaut.

Der Anschlussgedanke entspricht dem selbstverständlichen Sehnen des deutschen Volkes, unter den Nationalitäten Europas seinerseits die Einigung aller seiner Stämme in einem Volksstaat zu erreichen. Nicht Machtzettel ist der Antrieb der Anschlussbewegung, sondern der einfache Selbsterhaltungstrieb einer Nation, wie er vor Versailles in den polnischen oder tschechischen Nationalbewegungen wirksam war. Ein gewisser romantischer Redeeifer der Anschlussfreunde ist inzwischen einem realeren Arbeitsgeist gewichen, der davon ausgeht, dass man in Berücksichtigung der vorläufig noch dem Zusammenschluss Deutschlands und Oesterreichs entgegenstehenden Schwierigkeiten zunächst einmal die tatsächliche Angleichung der wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Verhältnisse in Angriff nehmen soll. Dynastische Hauspolitik hat den vor wenigen Jahrzehnten erfolgten Riss der Grenzziehung immerhin so zu vertiefen vermocht, dass manche Mauer der Entfremdung wegzuräumen ist. Diese Aufgabe ist bereits auf verschiedenen Gebieten begonnen worden, so haben schon verschiedene Konferenzen zur Angleichung des Strafrechtes stattgefunden, und in den nächsten Tagen soll wieder eine solche Konferenz stattfinden, die sich u. a. mit der strafrechtlichen Behandlung des Meineides sowie mit der Todesstrafe befassen wird. Auch in der Hochschulangleichung ist man über die ersten Schritte hinausgekommen. Anfang Februar sind im Reichsarbeitsministerium die Verhandlungen über einen Vertrag über Sozialversicherung, der das Gegenseitigkeitsverhältnis regelt, zum Abschluss gekommen. Dagegen stocken die Handelsvertragsverhandlungen seit längerem, und es wird eine der Hauptaufgaben beim Besuche des österreichischen Bundeskanzlers sein, diese Verhandlungen wieder in Gang zu bringen. Die Gegner des Anschlusses benutzen gerade die kleinen Verärgerungen und Schikanen, die auf wirtschaftlichem Gebiet sich so leicht ergeben, dazu, der An-

schlussbewegung Boden abzugraben. Es muss das Bestreben auf beiden Seiten sein, den Intrigen dieser Elemente, die im Trüben fischen möchten, einen Riegel vorzuschieben.

Über die realpolitischen Momente des Bundeskanzlerbesuches hinaus aber weist die symbolische Bedeutung: Der Welt zu zeigen, dass - bei aller friedlichen Gesinnung - der Anspruch des deutschen Volkes in allen seinen Stämmen auf die von ihm erstrebte Wiedervereinigung aufrechterhalten und feierlich bestärkt wird. In diesem Sinne begrüssen wir den Vertreter des österreichischen Stammes des grossen deutschen Volkes, das ungeachtet von Verboten und Diktaten ängstlicher Sieger dasselbe Recht für sich fordert, das kleineren und kleinsten Nationen grossmütig eingeräumt wurde.

Politische Amnestie für Südtirol

Die erste Folge des Schober-Besuchs in Rom

ROM, 21. Februar.

Der vor vierzehn Tagen hier in Rom unterzeichnete italienisch-österreichische Freundschafts- und Versöhnungsvertrag beginnt seine ersten Früchte zu tragen. Wie die römische „Tribuna“ heute abend berichtet, hat der Duce für alle in der Provinz Bozen ansässigen Personen, also für alle Südtiroler, die wegen politischer Verbrechen verhaftet, oder aber einen Verweis erhalten hatten, eine allgemeine Amnestie erlassen. Die „Tribuna“ betont ausdrücklich am Schluss der von ihr verbreiteten Meldung, dass diese Amnestie allen wegen politischer Vergehen verurteilten Tiroler zugute komme, und dass beim Inkrafttreten der Amnestie sich kein Tiroler, der aus politischen Gründen verhaftet worden war, länger im Gefängnis befindet. Aus dem Gefängnis befreit ist der „Tribuna“ zufolge auch der Arzt Dr. Josef Kissner, der wegen seiner antifaschistischen Arbeit gegen den italienischen Staat von der Provinzialkommission in Bozen zu drei Jahren Gefängnis verurteilt worden war, die er auf der Insel Ponza absass.